

Einemann, E. & Thoermer, H. (2004, 31. März). Schickt die Funktionäre in die Wohnzimmer.
Frankfurter Rundschau.

Edgar Einemann / Heinz Thörmer

Zwischen den Wahlen 2004:

Nachdenken über die SPD

Der Ausgang der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft war ein weiteres Desaster für die Sozialdemokratie. Sie erreichte mit nur 30% der abgegebenen Wählerstimmen – bei 6% Verlust – einen historischen Tiefststand in Hamburg. Der Vorsprung der CDU sowohl bei den Wählern unter 30 als auch bei den Arbeitern ist eine Katastrophe für die SPD. Die Partei hätte wohl noch schlechter abgeschnitten, hätte nicht der sogenannte Münte-Effekt, die Übergabe des Parteivorsitzes von Gerhard Schröder an Franz Müntefering, die Parteifunktionäre neu motiviert und hätte nicht der Spitzenkandidat der SPD, Thomas Mirow, einen beachtlichen Schlussspurt hingelegt. Nach Umfragen entschieden sich von den bis dahin unentschlossenen Wählerinnen und Wähler in den letzten drei Tagen vor der Wahl 36% für die SPD und 35% für die CDU.

Rückblick: Die Lage vor 4 Jahren

Ende 1999, etwas mehr als ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch SPD und Grüne, steckten die Regierungsparteien in einem scheinbar hoffnungslosen Umfrage-Tief – und das durchaus zu Recht. In unseren Diskussionen zur Vorbereitung eines Artikels für die Frankfurter Rundschau (unter der Überschrift „Alte Ideale – Neues Denken“ erschienen am 13.1.2000) hatten wir zugleich auf die massive Demotivation der Sozialdemokraten verwiesen und dabei zwischen drei „internen“ Gruppen unterschieden:

- den ca. 10.000 hauptamtlichen „Politik- und Partei-Arbeitern“ hatten wir unterstellt, dass sie zwar nicht resigniert wegtauchen, aber unter der politischen Situation (1999!) stark leiden, sich um Schadensbegrenzung bemühen und die nächsten Wahlen fürchten.
- bei den ca. 100.000 ehrenamtlichen Funktionären der Partei hatten wir eine gewisse Desorientierung, einen Rückzug aus Ämtern und eine eingeschränkte Bereitschaft zu Wahlkampfaktivitäten ausgemacht
- für die ca. 600.000 „einfachen Mitglieder“ und ihre vielleicht 300.000 engeren Freunde und Familienmitglieder hatten wir eine sinkende Bereitschaft sowohl zur Teilnahme an Parteiversammlungen als auch dazu diagnostiziert, zumindest im privaten Gespräch oder am Arbeitsplatz stolz als bekennender Sozialdemokrat aufzutreten und die Position von Partei oder Regierung zu vertreten.

Die Situation im Jahr 2004

Wenn es stimmt, dass im Jahr 2003 ca. 40.000 Mitglieder die Partei verlassen haben und allein im Januar 2004 ca. 10.000 Austritte erfolgt sind, hat sich die vor gut 4

Jahren beschriebene Demotivation der Sozialdemokraten erheblich verschärft. Eine nähere Analyse der Parteiaustritte dürfte diese Diagnose weiter dramatisieren: so wird z. B. aus einem Ortsverein gemeldet, dass von den 9 zur weihnachtlichen Jubilarehrung vorgesehenen Mitgliedern (die der Partei zwischen 25 und 40 Jahren angehören) nur noch 6 zur Verfügung standen – ein Drittel der „Treuesten der Treuen“ war zwischenzeitlich ausgetreten.

Ohne tiefere Analyse dürfte unstrittig sein, dass es dem Kanzler und der Parteiführung nicht gelungen ist, die einfachen Mitglieder z. B. von der in der Agenda 2010 formulierten Politik zu überzeugen. Der „normale Sozi“ ist in seiner normalen Umgebung (am Arbeitsplatz, im Verein, in der Kneipe, in der Nachbarschaft) schlicht nicht mehr sprach- und artikulationsfähig.

Das Handeln der Regierung

Geradezu groteske, verniedlichend „handwerklich“ genannte Fehler des Regierungshandelns sind ja auch nicht zu übersehen. Es fällt kritischen Journalisten nicht einmal mehr schwer, statt einer detaillierten inhaltlichen Auseinandersetzung zu Einzelfragen gleich zu zusammenfassenden Aburteilungen der „Lachnummer Deutschland“ überzugehen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Wer versteht schon, dass von jedem Bürger eine Praxisgebühr einbehalten wird, die Pharmakonzerne aber ungeschoren davonkommen und die Arzneimittelpreise in Deutschland weiterhin weit über denen in unseren Nachbarstaaten liegen?
- Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Belastungen für die Rentnerinnen und Rentner im ersten Halbjahr 2004 – sozusagen pünktlich zu vielen Wahlterminen – kumulieren werden?
- Warum bleibt es folgenlos, wenn Nieten in Ministersesseln – wie im Falle des Karneval-Dauerwitzes Maut – offenkundig völlig unzureichende Verträge aushandeln und so die Bundesregierung ebenso blamieren wie sich unsere führenden Technologiekonzerne blamiert haben?
- Wieso ist es der Bundesregierung nicht möglich, den Umbau der Arbeitsverwaltung so zu organisieren oder organisieren zu lassen, dass nicht jede Woche neue Pannen, Fehlleistungen und Skandale die Schlagzeilen beherrschen?

Mit Antworten auf diese und etliche weitere Fragen wird nicht nur das einfache SPD-Parteimitglied einfach alleine gelassen. Ein für unvermeidlich gehaltener Politikwechsel durch schlichten Vollzug von Regierungshandeln ohne Parteikommunikation führt zu Brüchen.

Was ist zu tun?

Im Zentrum des Nachdenkens darüber, wie sich die Situation der Regierungspartei SPD verbessern lassen kann, müssen die offene Diskussion politischer Ziele und die Neu-Motivation des eigenen Potenzials stehen:

1. Ein Verzicht auf die Begeisterung der Mitarbeiter der eigenen Firma, die Duldung der inneren und die Hinnahme der realen Kündigung als Resultat falscher Ansprüche, mangelhafter Strukturen, unklarer politischer Ziele und

nicht nachvollzogener Regierungspolitik ist durch noch so aufwendige Werbestrategien nicht zu kompensieren. Ein Wahlsieg der Sozialdemokratie bei den nächsten Bundestagswahlen erfordert in dieser Hinsicht eine grundlegende Neuorientierung.

2. Die unabweisbar notwendige neue Debatte muss mit einer Bilanz beginnen:
 - welche gesellschaftlichen Veränderungen finden statt (eines von mehreren Stichworten: Jahrhundert- oder gar Jahrtausend-Veränderung durch neue technische, ökonomische und soziale Netze),
 - welche Grundpositionen bedürfen der Revision (ein Stichwort: staatsfixiertes Vergesellschaftungs-Kontinuum im Sinne der Vorstellung „je mehr öffentliches Eigentum, desto besser“),
 - an welchen sozial-ökologisch-humanitären Grundpositionen muss festgehalten werden?
 - was ist von der Agenda 2010 umgesetzt und wo müssen weitere Reformschritte ansetzen?

Die viel beschworene Basis der Partei will Antworten. Wenn vermutet wird, diese Antworten seien zu erhalten, entsteht Bewegung. In dem Flecken Buchhagen bei Holzminden (Niedersachsen) kam der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu einer Veranstaltung, und über 400 Menschen kamen zum Zuhören und Diskutieren. Der Schneesturm, der zur Veranstaltungszeit tobte, verhinderte die totale Überfüllung des Saales. Und das an dem für Parteiveranstaltungen ungünstigsten aller Termine, dem Samstagabend. Die Teilnehmer gingen zufrieden und mit Argumenten nach Hause. Das gleiche gilt für eine Veranstaltung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Ludwig Stiegler in Bad Salzdetfurth, der dort 250 Menschen begeisterte.

Weitere Folgerungen

Ein argumentativer Wahlkampf wie Thomas Mirow ihn geführt hat kann erfolgreich sein, wenn er über einen längeren Zeitraum geführt werden kann. Gerade ein als dröge charakterisierter Politiker kann das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in den politischen Prozess wieder aufbauen.

Publikumswirksame Veranstaltungen wie die von Clement oder Stiegler sind möglich, wenn die Menschen das Gefühl haben, aus erster Hand informiert und mit Argumenten ausgestattet zu werden. Beides spricht für eine grundsätzlich argumentative Anlage der kommenden Landtags- und Kommunalwahlkämpfe und des Europawahlkampfes.

Dringenden Veränderungsbedarf gibt es im alltäglichen politischen Handwerk der Bundesregierung. Wozu gibt es eigentlich das Bundeskanzleramt wenn nicht dazu, eben jene „handwerklichen“ Pannen zu erkennen und zu vermeiden. Klappt das Handwerkliche, dann wird auch die vielbeklagte „Kakophonie“ der unterschiedlichsten Meinungsäußerungen abklingen.

Dringenden Handlungsbedarf gibt es aber auch in dem einen oder anderen Politikfeld. Bei der Mindestrente wurde gerade nachgebessert. Nachzubessern ist

auch die Situation junger Familien und Alleinerziehender, um nur zwei Beispiele zu nennen. Und im Übrigen ist besser als Nachbessern allemal, von vornherein ordentliche Arbeit abzuliefern.

Man muss nicht „geborener Sozi“ sein, um die Existenz und Handlungsfähigkeit der SPD für einen Wert an sich zu halten; die Partei wird in der Zukunft auch dort, wo sie nicht regiert, zumindest als ernsthafte Opposition mit der Option auf eine erneute Regierungsübernahme, dringend gebraucht. Insofern würde auch die Gründung einer „neuen Linkspartei“ wenig helfen. Für den Druck auf Veränderungen des Regierungshandelns unter einem sozialdemokratischen Kanzler ist die SPD selbst am besten geeignet, und in der Opposition wird in der Regel ohnehin etwas radikaler formuliert. Die Öffnung der inhaltlichen Diskussion innerhalb der SPD ist allemal Erfolg versprechender als die Wiederholung gescheiterter Experimente; man denke nur an das Schicksal der „sozialistischen“ Parteigründung der ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen.

Eine Stabilisierung der SPD wird es nur über eine wirkliche Öffnung der innerparteilichen Diskussion geben. Dazu gehört neben der „Aufklärung von oben“ eine wirkliche Beteiligung nicht nur der Funktionäre, sondern auch der Mitglieder, deren Demotivation und Demission beendet werden muss. Die SPD sollte sich an die mobilisierende Wirkung der Mitgliederbefragung zur Wahl des Parteivorsitzenden im Jahre 1993 erinnern: Wenn sich die Basis zu wichtigen Dingen wirklich gefragt fühlt, kann eine überraschende Aktivität entstehen. Unser Vorschlag an die neu gewählte Parteiführung: macht eine „mobilisierende Mitgliederbefragung“. Schickt die Funktionäre mit Fragebögen in die Wohnzimmer oder ruft die Mitglieder in die Versammlungslokale, wertet die Ergebnisse aus und macht sie zum Gegenstand einer breiten Kommunikation in den Ortsvereinen. Nehmt die Meinungsbildung von untern ernst, fragt nach Gründen für den Frust und nach Alternativ-Ideen. Konfrontiert die Regierenden mit den Wünschen der Partei und erklärt, was geht und was nicht. Ein sicherer Nebeneffekt: die journalistische Begleitung der Aktion wird einen unbezahlbaren Werbewert bekommen und möglicherweise ja sogar zu einer Umkehr des negativen Trends bei der Mitgliederentwicklung beitragen.

Nur wenn diese Folgerungen auch gezogen werden besteht die berechtigte Hoffnung, dass die 130 Jahre alte Tante SPD nicht auseinander fällt wie ein marodes Gebäude oder implodiert wie ein defektes Fernsehgerät, sondern dass sie sich bei den weiteren Wahlen zumindest stabilisiert. Das gilt erst recht, wenn der in Aussicht stehende leichte Aufschwung auch den Arbeitsmarkt erreicht. In Zukunft werden auch wieder Wahlen gewonnen - spätestens dann, wenn sich herumspricht, dass die gute Lage der Opposition auch darauf basiert, dass sie einerseits von der Regierung härtere soziale Einschnitte verlangt und zugleich den Betroffenen Verständnis für ihren Protest gegen den angeblich übertriebenen Sozialabbau suggeriert.